



Minister Spranger
„Ich nehme die Bedenken ernst“

ren, und so dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu vermindern.

Der Umweltminister strebte zunächst ein Normenwerk wie in einigen skandinavischen Regionen an. Das hätte den Energiebedarf für Neubauten um 50 bis 60 Prozent gemindert. Außerdem wollte Klaus Töpfer auch die Altbauten nachrüsten lassen.

Vor allem das Wirtschaftsministerium hielt dagegen. Nordische Dämmwerte seien nur zu erreichen, wenn Fenster nicht geöffnet werden können und ein kontrolliertes System der Lüftung installiert wird. Das mochte der Wirtschaftsminister den Bundesbürgern – auch wegen der hohen Kosten – nicht zumuten. Bei Altbauten sei höchstens ein Drittel aller Nachrüstungen wirtschaftlich zu vertreten.

Die Ministerien einigten sich schließlich auf niedrigerem Niveau. An Altbauten soll nur besser isoliert werden, wenn beispielsweise die Fenster ohnehin erneuert werden. Für Neubauten werden die Dämmvorschriften so verschärft, daß 30 Prozent weniger Heizwärme verbraucht wird.

SPD-geführte Länder wie Schleswig-Holstein und Hessen, die eigentlich mehr wollten, stimmten diesem Kompromiß zu. Die letzte Bastion des Widerstandes war Bayern. Und das hat seine Gründe.

Aus Tradition werden in Norddeutschland Hauswände überwiegend doppelschichtig errichtet. Da ist eine bessere Wärmedämmung relativ problemlos und preiswert zu erreichen. Im Süden dagegen, wo nur eine Schicht Mauer üblich ist, erfordert das Einsparziel von 30 Prozent besondere Qualitäten der Außenmauer, für die von der Industrie erst spezielle Ziegel entwickelt werden müssen.

Der Gedanke bedrückt offenbar besonders die bayerischen Ziegelhersteller. Im Verein mit den Architekten, die

ihre Gestaltungsfreiheit eingeschränkt sehen, brachten sie immer neue Argumente gegen den Entwurf der Wärmeschutzverordnung vor.

Trotz bayerischer Einsprüche schienen die Bonner an ihrem Kompromiß festzuhalten. Doch plötzlich meldete sich im Dezember Entwicklungshilfeminister Spranger zu Wort und berief sich auch gleich noch auf seinen Parteivorsitzenden Theo Waigel. Spranger, so hieß es, Sorge sich allein um die zusätzlichen Kosten und die Folgen für den Wohnungsbau.

So hehr sind dessen Motive jedoch keineswegs. Spranger kümmerte sich schon um die Wärmeschutzverordnung, als er noch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium war und auf dem Stuhl der Bauministerin seine Parteifreundin Gerda Hasselfeldt saß.

Der Inhaber des Tonwerkes Ansbach, schrieb Spranger 1990 an die „liebe Gerda“, habe ihm Bedenken der Ziegelindustrie gegen die geplanten Wärmenormen vorgetragen. Und die, so Spranger, „nehme ich ernst“.

Er habe die Befürchtung, daß die Interessen der Isolierindustrie zu Lasten der Ziegelhersteller gefördert würden, und wäre „deshalb sehr dankbar“, wenn die „Argumente des Bundesverbandes der Ziegelindustrie sorgfältig geprüft und abgewogen würden“. Das Tonwerk Ansbach liegt im Wahlkreis des CSU-Mannes Spranger.

Die bayerische Ziegelindustrie wurde auch selbst beim Wirtschaftsminister tätig. Um ihren Einwänden Nachdruck zu verleihen, verwiesen die Verbandslobbyisten auf einen Polit-Paten: Auf Wunsch von „Herrn Dr. Dollinger“ dienten sie weitere Unterlagen an.

Dessen Interessen aber sind noch eindeutiger auszumachen als die Sprangers. Frau Dollinger besitzt eine Ziegelei.

_____ Geld _____

Weile statt Eile

Sollen die Europäer auch in Ecu zahlen? Die Idee einer Parallelwährung wird wiederbelebt.

Monopole sind bei Wirtschaftstheoretikern nicht gerade beliebt. Konkurrenz belebt auch die Professoren, nicht nur das Geschäft.

Warum also, dachte Währungstheoretiker Wilhelm Hankel, soll beim Geld nicht gelten, was im Handel mit Autos oder Lebensmitteln gut ist. Der Wettbewerb zwischen nationalem Geld und ei-

ner Euro-Währung scheint ihm zumindest für eine Übergangszeit angebracht.

Hankel, der in Frankfurt am Main Währungstheorie lehrt, befürwortet ein System von Parallelwährungen, solange das in Maastricht vereinbarte Einheitsgeld noch nicht stabil genug ist. Im Übergang zur Euro-Währung, so der Professor kürzlich vor Straßburger Parlamentariern, würden jeweils zwei Währungen in den EG-Staaten gelten: neben der nationalen auch das künftige Euro-Geld Ecu.

Würde der Ecu in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft allgemein gültiges Zahlungsmittel, könnten die Deutschen tägliche Besorgungen, ebenso wie ihre Steuern, entweder mit Mark oder mit Ecu bezahlen. Auch bei der Gehaltsabrechnung oder auf dem Sparkonto hätte der „Geldbürger“ (Hankel) die freie Wahl.

Die Idee ist nicht neu und im Ansatz bereits verwirklicht. Schon heute gelten in Europa oft zwei Währungen. Deut-



Währungstheoretiker Hankel
Kein Abschied von der Mark

sche, die nahe der Grenze wohnen, kaufen in Dänemark oder den Niederlanden problemlos mit Mark ein; die Waren sind dort zunehmend schon mit zwei Preisen ausgezeichnet.

Auch Unternehmen handeln untereinander häufig in mehreren Währungen. Italiener oder Franzosen lassen sich ihre Exporte gern in Mark bezahlen, so mancher Vertrag wird bereits in Ecu geschlossen.

Offiziell ist allerdings nirgendwo bislang eine zweite Währung von einer europäischen Regierung als allgemeines Zahlungsmittel zugelassen worden. Pläne wurden in der Gemeinschaft bereits mehrfach diskutiert, zuletzt 1989, als die Briten vehement für eine Parallelwährung plädierten. Doch wie aus der Idee eine praktikable Methode wird, wußten die Engländer auch nicht. Damit war der Vorschlag vom Tisch. Auch jetzt

wäre ein System von Parallelwährungen nicht ohne weiteres einzuführen. So müßte als erstes der Vertrag von Maastricht geändert werden, der die Einführung einer einheitlichen Währung zumindest in einem Teil der Gemeinschaft vorsieht.

Der Aufwand würde lohnen, meint Hankel. Die Deutschen bräuchten vorerst keinen Abschied von der Mark zu nehmen. Die Unruhe in der Bevölkerung, die Angst um die schöne Mark, würde sich legen. Immerhin befürworten heute laut Umfragen nur 37 Prozent der Deutschen die Maastrichter Vereinbarungen.

Zudem könnten Händler die Währungsumstellung nicht für Preiserhöhungen ausnutzen, meint Ulrich Cartellieri, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Werden alle Mark-Preise auf einen Schlag in Ecu umgerechnet, würden die sich dadurch ergebenden krummen Beträge wohl aufgerundet – folglich würde ein neuer Teuerungsschub drohen.

Damit die technischen Probleme der Übergangszeit vernünftig gelöst werden können, schlägt Hankel Weile statt Eile vor. In einer „monetären Knautschzone“ von mehreren Jahren könnten sich alle, auch Zentralbanker und Politiker, langsam an den Ecu gewöhnen. Mißlingt das Maastrichter Experiment, was nach den jüngsten Krisen des Europäischen Währungssystems keineswegs ausgeschlossen scheint, könnten die Staaten wieder auf ihr eigenes Geld zurückgreifen.

In der Bundesbank stieß Hankels Vorschlag auf wenig Sympathie. „Wenn das neue Euro-Geld wirklich etwas taugt“, meint Otmar Issing, Vordenker im Frankfurter Direktorium, „reicht eine Währung völlig aus.“ Zudem sei der Ecu bis heute nur ein Korb aus Währungen, der seit Jahren beständig an Wert verliert. Für den Ecu ist bisher keine Zentralbank zuständig.

Währungstheoretiker Hankel weiß auch da Rat. Das Euro-Geld soll hart werden, statt der Zentralbank soll ein Brüsseler Währungsfonds für die Stabilität des Ecu sorgen.

Der Fonds, so Hankels Idee, gibt keine neuen Ecu heraus. Er verkauft das Euro-Geld gegen Mark, Gulden oder französischen Franc zu festen Kursen. Italien, Spanien oder Portugal müßten zunächst noch mit freien Wechselkursen auskommen. Die Geldmenge, Maß für die Stabilität einer Währung, würde sich dadurch nicht aufblähen.

Schaffen es die Europäer, die Parallelwährung Ecu zu einem harten Zahlungsmittel zu machen, könnte sich eines Tages sogar ein Snobeffekt einstellen: Wer als Europäer auf sich hält, so hoffen Optimisten wie Hankel, werde Ecu besitzen statt altmodischen Geldes wie Mark oder Gulden.



SPD-Postexperte Paterna: „Wir müssen die Telekom fit machen“

„Es gibt Reformbedarf“

Seit Monaten wird über die Neuorganisation von Telekom, Postdienst und Postbank gestritten. Die geplante Privatisierung scheiterte bislang am Widerstand der Postgewerkschaft und der SPD. „Privatisierung ist für Sozialdemokraten ein Reizwort“, sagt SPD-Postexperte Peter Paterna, 55, im Interview.

SPIEGEL: In den Verhandlungen über die Privatisierung der Postunternehmen war eine Einigung schon zum Greifen nahe. Dann haben Sie zur Überraschung Ihrer Parteifreunde die Zustimmung verweigert. Was war der Grund?

PATERNA: Von Überraschung kann keine Rede sein. Ich habe von Anfang an erklärt, daß es bei den Verhandlungen nicht darum geht, zu einer gemeinsamen Beschlußempfehlung zu kommen. Der Auftrag für die Unterhändler der SPD war es, den Fraktionsbeschluß so weit wie möglich durchzusetzen und die Kompromißbereitschaft der Regierungskoalition auszuloten.

SPIEGEL: Ihr Bundestagskollege Arne Börsen hat das offensichtlich anders verstanden. Er bedauert das Scheitern der Verhandlungen.

PATERNA: Daß der postpolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der Sache anderer Ansicht ist als ich, ist nicht weiter schlimm. Problematisch wird es nur, wenn er seine persönliche Meinung als die Position der SPD ausgibt.

SPIEGEL: Wie lautet die Position der SPD?

PATERNA: Bevor wir in die Verhandlungen gegangen sind, hat die Fraktion die Möglichkeiten für die Neugestaltung der Postunternehmen eingehend beraten und präzise Beschlüsse gefaßt.

SPIEGEL: Zur Diskussion standen die Alternativen Aktiengesellschaft oder Gesellschaft öffentlichen Rechts?

PATERNA: Richtig, und wir sind einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß die Aktiengesellschaft für den wesentlichen Unternehmenszweck der Telekom die ungeeignete Rechtsform ist. Wir halten die Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts für weitaus sinnvoller. Ende Januar wird die Fraktion noch einmal darüber diskutieren, dann wird sich zeigen, ob diese Position noch gilt.

SPIEGEL: Was ist denn der wesentliche Unternehmenszweck der Telekom?

PATERNA: Uns geht es vor allem um die gleichwertige Versorgung im Lande. Und zwar überall zu gleichen Tarifen. Das geht nur bei einem Mischtarif aus dem profitablen Weitverkehr zwischen den Ballungsräumen und den unprofitablen Netzen im Ortsverkehr und in den ländlichen Räumen.

SPIEGEL: Für die Umwandlung der Telekom in eine Aktiengesellschaft gibt es weltweit viele Vorbilder. Halten Sie die nicht für überzeugend?

PATERNA: Alle Erfahrungen zeigen, daß sich der Wettbewerb auf die Großkunden und den lukrativen Gesprächs- und Datenverkehr zwischen den Ballungsräumen konzentriert. Selbst wenn